

Abonnements-Bedingungen:
Wochenblatt 30 Pf. monatlich 1.10 Pf.
Einzeln 5 Pf.
Sonntagsausgabe 10 Pf.
Vollabonnement 1.10 Pf.
Einzeln 5 Pf.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 50 Pf.
für politische und gewerkschaftliche
Berichtungen 30 Pf.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Montag, den 11. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Eine kleine Lex Heinze.

Schon in der nächsten Tagung soll dem Reichstag eine
Novelle zur Gewerbeordnung vorgelegt werden, die augen-
blicklich im Reichsjustizamt ausgeheckt wird und die durch Ver-
schärfung der bestehenden Bestimmungen die „Ausstellung von
unsittlichen Bildern und Büchern“ in den Schaufenstern ver-
hindern soll.

Diese Kämpfe bilden ein unabweisliches Ruhmesblatt in
dem reichen Siegeskranz der deutschen Sozialdemokratie.
Was im Anschluß an einen Prozeß gegen den Zuhälter Heinze,
der ganze großstädtische Kloaken aufdeckte, 1892 zuerst als
Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt wurde, zielte auf eine
Eindämmung der Prostitution ab.

„mer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen,
welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl
gröblich verletzen, zu geschäftlichen Zwecken an öffentlichen
Straßen, Plätzen oder an anderen Orten, die dem öffentlichen
Verkehr dienen, in irgendeiner Weise ausstellt oder an-
schlägt.“

Diesem Ansturm der vereinigten Ruder auf die Kunst
trat die Sozialdemokratie mit der schärfsten Waffe, mit der
Obstruktion, entgegen, die damals unter der unveränderten
Geschäftsordnung noch möglich war, und wirklich gelang es
ihnen, unterstützt von der bürgerlichen Linken, den Angriff der
Unsitlichkeitsjäger auf der ganzen Linie abzuwehren.

„daß wir diesen Sieg der Sozialdemokratie verbanden und die
deutsche Bildung wie der deutsche Liberalismus sich nicht aus
eigener Kraft haben behaupten können. Die allgemeine Erregung
der literarischen und künstlerischen Kreise in Deutschland gab den
unentbehrlichen Hintergrund ab, aber den Sieg verleiht erst die
Entschlossenheit und die taktische Geschicklichkeit der sozialdemo-
kratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich
in Deutschland unter der Fittiche der Sozialdemokratie schützen
müssen! Jeder Gedanke, mit Schammascherei und Umsturz-
bewegung der Sozialdemokratie etwas anhaben zu wollen, muß
jetzt schwinden. Wir sind so weit, diese Partei schon
gar nicht mehr entbehren zu können.“

Was nun damals dank der entschlossenen Abwehr der So-
zialdemokratie nicht in das Strafgesetzbuch hineingebacht
werden konnte, das versucht man jetzt auf einem Umweg in die
Gewerbeordnung einzuschmuggeln, denn was dem Reichstag
vorgelegt werden soll, ist Fleisch vom Fleisch der Lex
Heinze und ein Ausfluß jenes traurigen muckerischen Geistes,
der beim Anblick der nackten Arme vom zwölfjährigen
Mädchen auf läbliche Gedanken gerät, gegen die Knieflos-
heit der bayerischen Landbevölkerung als den Gipfel der Unsitt-
lichkeit wertet und dabei, wenn die Gelegenheit günstig ist,
im Damenbad durchs Klotz nach den verbotenen und darum
doppelt erlesenen Reigen späht. Um das Banner, das hier
aufgepflanzt wird, wird sich natürlich nicht nur die schwarze
Garde des Zentrums scharen, sondern auch die sämtlichen
Elemente der Reaktion, denen das treffende Wort der Flora
Gah, der Geliebten des „Kreuzzeitungs“-Redakteurs Frei-
herrn v. Sammerstein, galt: „Seuchler seid Ihr doch
alle!“

Denn es handelt sich hier nicht darum, der Schundlitera-
tur das Wasser abzugraben oder wirklich einer höheren
Sittlichkeit die Bahn zu brechen, sondern um die Befriedigung
trüber reaktionärer Instinkte. Alles, was die großen Ver-
herrlicher des Weibes durch Stift und Pinsel — und wir
halten es mit Heinrich Heine:

Des Weibes Leib ist ein Gedicht,
Das Gott der Herr geschrieben
Ins große Stammbuch der Natur,
Als ihn der Geist getrieben. —

Was sie von Rubens bis Kops je geschaffen haben,
soll künftig als „unsittlich“ nicht mehr im Schaufenster von
Kunsthandlungen erscheinen dürfen, und schon heute machen
ja die unterschiedlichen mit der Zensur beauftragten Behör-
den vor den besten Namen und den gewaltigsten Kunstwerken
nicht Halt! Freilich wird man der verlogenen Moralfererei
des Gesetzes wie immer ein sozialpolitisches Mäntelchen über-
hängen und behaupten, es gehe um den Schutz der heran-
wachsenden Jugend vor der Verführung, der sie durch den
Anblick „unsittlicher“ Bilder ausgefetzt sei. Wenn man so
will, lauert diese Art von Verführung überall. Oder wer
hat es nicht selber miterlebt, wie die Dreizehn- und Vierzehn-
jährigen in einer langweiligen Konfirmandenstunde in der
Bibel auf Entdeckungstreifen ausgehen und einander dann
sichernd die fattigsten Stellen zeigen?

Aber Bücher und Bilder verführen nicht, sondern die
sozialen Verhältnisse verderben die Jugend. Die blaffen,
frühreifen, unheimlich wissenden Kindergeichter, die man in
den schmutzigen Großstadtdörtern trifft, haben ihre Kenntnis
von allerhand Lastern wahrhaftig nicht vor den Bilderaus-
lagen der Kunsthandlungen erworben, sondern in den Miets-
kasernen, in denen das Elend in vielerlei Gestalt zusamen-
gepfercht ist, in denen ganze Familien mit großen und kleinen
Kindern in einer Stube wohnen, in denen ein Bett oft die
verschiedenartigsten Schlaffameraden aufnimmt und in denen
auf einem Flur die unberüllte Prostitution neben der arbel-
tenden Armut haust.

Hier legt Hand mit an, ihr Augenverdreher, wenn euch
wirklich die Sittlichkeit des deutschen Volkes am Herzen liegt!
Macht der Kinderausbeutung ein Ende, schafft eine Arbeits-
losenversicherung, sorgt für ein ausreichendes Wohnungsgesetz,
unterstützt die für bessere Lebensverhältnisse kämpfende Ar-
beiterklasse, und ihr habt soviel gegen die Verführung der
Jugend getan, als überhaupt getan werden kann, aber laßt
ihre ehrenwerten Herren, die unreinen Finger von Kunst-
werken, die dem Reinen rein und nur euch schweinig er-
scheinen!

Laßt die Finger davon auch im Interesse von Eures-
gleichen! Denn wenn auf den Bildern in den Schaufenstern
jede erlodende weibliche Rundung streng verpönt ist, sollen
dann die lusternen Sittlichkeitsfere von der pechschwarzen
Kouleur wirklich nur auf die immerhin seltenen Astlöcher in
Damenbädern angewiesen sein?

Der Friedensvertrag unterzeichnet.

Nach einer Meldung der Agence Roumaine wurde
am Sonntag vormittag 10 1/2 Uhr in der Schlußsitzung der
Friedenskonferenz der Friedensvertrag unterzeichnet.

Damit wäre zwischen den kriegführenden „Verbündeten“
der Frieden wiederhergestellt. Zwar scheinen noch einige
Revisionsabsichten in Petersburg und Wien zu bestehen,
indessen läßt sich doch hoffen, daß es zu keinerlei Intervention
der Mächte kommt. In Berlin und Frankreich wenigstens
scheint man keine Lust zu haben, den Straßeln noch weiter zu
treiben.

Für Berlin läßt ein Telegrammwechsel darauf schließen,
der zwischen dem König von Rumänien und Wilhelm II. in
den letzten Tagen stattgefunden hat. Das erste aus Bukarest
vom 7. August datierte Telegramm spricht Wilhelm II. den
Dank dafür aus, daß der Friedensabschluß dank der Haltung
der deutschen Diplomatie ein „definitiver“ bleibe. Der
deutsche Kaiser hinwiederum beteuert seine „große Genug-
tunung“, daß er „zu dem jetzt Erreichten“ habe „bei-
tragen“ können. In einem Antworttelegramm vom
8. August spricht der König von Rumänien seinerseits
die Hoffnung aus, daß nunmehr dem Lande eine „längere
Periode der Ruhe beschieden“ sein möge.

Fürs erste scheint die Erschöpfung der Balkan-
staaten der wertvollste Bürgen für diese Hoffnung des ru-
mänischen Königs zu sein. Und Sache des Volkes in
den europäischen Großstaaten wird es vor allem sein, ihren
Regierungen eindringlich klar zu machen, daß sie sich jede
Einnischung in die Balkankonflikte ernstlichst verbitten!

Nach dem Norden die Siegesfeier.

Nach der Sicherung des Friedens heilen sich die Herren Sou-
veräne, ihre so fürchtbar zur Aber gelassenen Völker durch groß-
mäulige Redensarten die entsehligen Opfer vergessen zu machen.
Besonders großes leistet darin der König Konstantin von
Griechenland. In dem von ihm an Heer und Flotte gerichteten
Tagesbefehl heißt es:

„Ihr seid die Erbauer des neuen Griechenland,
das durch Euer Blut, Eure Mühen, Kämpfe und Entbehrungen
groß geworden ist. Aber Euer Mut und Eure Standhaftigkeit
haben unser Vaterland nicht nur groß, sondern auch geehrt,
geachtet und ruhmreich vor aller Welt gemacht.
Ich beklage tief, daß viele Waffengeführten meine Worte nicht
hören, aber ihr Blut wurde nicht unnützlich vergossen, ihr An-
denken wird unvergänglich sein. Euch Lebenden drücke
ich meine Bewunderung und meinen Stolz aus, an der Spitze
einer solchen Armee und einer solchen Flotte zu stehen. Den
Teilnehmern an beiden Kriegen sollen Denkmünzen
verliehen werden, aber darüber hinaus bin ich gewiß, daß im
Herzen jedes einzelnen das Gefühl lebt, er habe Griechen-
land groß gemacht. Doch unser Werk ist nicht voll-
endet. Griechenland muß stark, sehr stark werden.“
Ich werde ohne Unterlaß auf dieses Ziel hinarbeiten.
Die von Euch unter den Fahnen bleiben, werden mir dabei
ebenso treu wie auf dem Schlachtfelde helfen, und Ihr, die Ihr
voll Stolz und Triumph an den häuslichen Herd zurückkehrt, be-
wahrt und gebt weiter den unverrückbaren Entschluß, Griechen-
land militärisch sehr stark zu machen zur Achtung
für seine Freunde und zur Furcht für seine
Feinde.“

Was aus den hungernden Hinterbliebenen und den Krüppeln
werden soll, wird nicht erwähnt. Von den Denkmünzen wer-
den sie nicht satt werden.

Dafür sind aber dem durch die Opfer an Gut und Blut er-
schöpften Volke neue Riesenopfer an Steuern zugebacht.
Griechenland soll militärisch „stark, sehr stark“ gemacht werden.
Das wird natürlich in Summen verschlingen. Diese Riesen-
summen werden aber im sonnigen Hellas so wenig von den Be-
sitzenden aufgebracht werden, wie bei uns in Deutschland!

Die Türkei will Adrianopel halten!

Aus Paris wird gemeldet:
Der türkische Volschaster in Paris, Rifaat
Pasha hat gestern dem Minister des Auswärtigen,
Vichon, einen Besuch abgestattet. Rifaat Pasha gab im
Namen seiner Regierung die Erklärung ab, daß die Pforte
unter keinen Umständen daran denke, auf Adrianopel zu ver-
zichten. Eine Räumung der Stadt wird auch dann nicht er-
folgen, wenn der Türkei weitgehendst territoriale
oder wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht
werden.

Nach einer anderen Meldung soll die Türkei sogar erklärt
haben, daß sie es um Adrianopel willen auf einen neuen
Krieg ankommen lassen werde.

Trohende Revolution in Bulgarien?

Wien, 10. August. Der bekannte feinerzeitige Kriegsforrespon-
dent der Wiener „Reichspost“, Wagner, bespricht an leitender
Stelle in der „Reichspost“ die derzeitige Situation in Bulgarien
und behauptet, daß Bulgarien am Vorabend eines inne-
ren Umsturzes sich befinde. Es sei als einzig sicher anzun-
ehmen, daß die zurückkehrende Armee mit ihren Offizieren, die
jeden Monate mit ihrem Blute für die nationale Befreiung ihrer
Väter in Mazedonien und Thrazien eingestanden haben, un-
nachlässigliche Rechenschaft von den Verrätern der Idee
des bulgarischen Volkes fordern werden.

Der Wortlaut des Friedensvertrages.

Bukarest, 10. August. (Meldung der Agence Roumaine.)
Der Friedensvertrag hat folgenden Wortlaut:

Friedensvertrag zwischen dem König von Bulgarien
einerseits, den Königen von Griechenland, Montenegro, Ru-
mänien und Serbien andererseits.

Beseelt von dem Wunsche, dem gegenwärtig zwischen den
beteiligten Ländern bestehenden Kriegszustand ein Ende
zu machen, und in dem Wunsche nach Ordnung und von dem
Willen durchdrungen, den Frieden zwischen ihren so lange
heimgesuchten Völkern herzustellen, haben die genannten
Mächte beschloffen, einen endgültigen Friedensvertrag zu
schließen, und zu diesem Behufe folgende Bevollmächtigte er-
nannt. (Folgt Liste der Friedensvollmächtigten.) Nachdem
das Einvernehmen hergestellt war, wurde beschloffen:

Art. 1: Zwischen dem König der Bulgaren und den übrigen
Herrschaften sowie ihren Erben und Nachfolgern wird Friede und
Freundschaft herrschen.

Art. 2: Die gemäß Annex V zum Protokoll berichtigte Grenze
zwischen Rumänien und Bulgarien wird von der Donau oberhalb
von Turtukai ausgehen und am Schwarzen Meer südlich von
Etrene endigen. Es ist ausdrücklich abgemacht, daß Bulgarien in
längstens zwei Jahren die bestehenden Befestigungen von Kail-
schul, Schumla und in einer Zone von 20 Kilometern um Valschik
herum schleifen wird. Eine gemischte Kommission wird binnen
14 Tagen an Ort und Stelle die neue Grenzlinie festsetzen und die
Verteilung der durch die neue Grenze geteilten Güter und Besitz-
tümer vornehmen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten wird
ein Schiedsspruch in letzter Instanz entscheiden.

Art. 3: Die gemäß Annex IX im Protokoll festgesetzte Grenze zwischen Serbien und Bulgarien wird vom Pazarica-Berge an der alten Grenze ausgehen, der alten türkisch-bulgarischen Grenze und der Wasserscheide zwischen dem Bardar und der Struma folgen mit Ausnahme des oberen Strumitsa-Kales, das bei Serbien bleiben wird, und wird beim Velešč-Gebirge endigen, wo sie sich an die bulgarisch-griechische Grenze anschließen wird. Eine gemischte Kommission wird binnen 14 Tagen die neue Grenzlinie festsetzen und die Verteilung der durch die neue Grenze geteilten Güter und Besitztümer unter Vorbehalt eines Schiedsspruchs vornehmen.

Art. 4: Die Fragen, die sich auf die alte serbisch-bulgarische Grenze beziehen, werden gemäß den zwischen den vertragsschließenden Parteien entsprechend dem Annexionsprotokoll zustande gekommenen Vereinbarungen geregelt werden.

Art. 5: Die gemäß Annex V zum Protokoll festgesetzte Grenze zwischen Griechenland und Bulgarien wird von der neuen serbisch-bulgarischen Grenze ausgehen, auf dem Stamme des Velešč-Gebirges verlaufen und an der Mündung des Restofflusses in das Ägäische Meer endigen. Eine gemischte Kommission und Schiedsgericht sind wie im vorhergehenden Artikel festgesetzt. Es ist ausdrücklich abgemacht, daß Bulgarien bereits jetzt auf jeden Anspruch auf die Insel Kreta Verzicht leistet.

Art. 6: Die Hauptquartiere der einzelnen Armeen werden von der Unterzeichnung des Vertrages verständigt werden. Die bulgarische Regierung verpflichtet sich, bereits vom nächsten Tage an abzurufen. Die Truppen, die in der Okkupationszone einer kriegsführenden Armee garnisoniert sind, werden auf einen anderen Punkt des alten bulgarischen Gebietes dirigiert werden und erst nach Räumung der Okkupationszone in ihre gewöhnlichen Garnisonen zurückkehren können.

Art. 7: Die Räumung des bulgarischen Gebietes wird sofort nach der Demobilisierung der bulgarischen Armee beginnen und in längstens 14 Tagen beendigt sein.

Art. 8: Während der Okkupation bulgarischer Gebiete behalten die Armeen das Recht zu Requisitionen gegen Verzahlung. Sie werden die Eisenbahnen zum Transport von Truppen und Lebensmitteln frei benutzen können, ohne eine Entschädigung zu gewähren. Die Kranken und Verwundeten werden unter dem Schutze der genannten Armeen stehen.

Art. 9: Sämtliche Kriegsgefangenen werden sobald als möglich gegenseitig zurückgegeben werden. Die Regierungen werden eine entsprechende Aufstellung der unmittelbaren Ausgaben für die Verpflegung und den Unterhalt der Kriegsgefangenen überreichen.

Art. 10: Der gegenwärtige Vertrag wird binnen 14 Tagen, oder, wenn möglich, noch früher ratifiziert und der Austausch der Ratifikationen in Bukarest vorgenommen werden.

Zur Beglaubigung des Vorstehenden haben die betreffenden Bevollmächtigten ihre Unterschrift und Siegel beigefügt.

Gegeben zu Bukarest, den 10. August 1913.

Desavouierung der österreichischen Balkanpolitik durch Wilhelm II.

Wie telegraphisch gemeldet wird, hat Wilhelm II. dem König von Griechenland die Würde eines Generalfeldmarschalls der preussischen Armee verliehen. In Wiener politischen Kreisen hat diese Ernennung außerordentliches Aufsehen erregt und überaus peinlich gewirkt. Man erblickt dort in dieser Ernennung eine vollständige Desavouierung der Politik des österreichischen Ministers des Aeußeren, der durch die Anregung einer Konferenz zur Revision des Bukarester Vertrages Rawala für Bulgarien retten möchte. Seit Bestehen des Dreibundes dürfte es das erstemal sein, daß die österreichische äußere Politik in einer derartig ostentativen Weise vom deutschen Kaiser desavouiert worden ist.

Politische Uebersicht.

Die Aenderung des Militärstrafgesetzbuches.

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Kampf gegen den Militarismus einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Als am 28. Juni bekannt wurde, daß am Tage vorher in Erfurt einige Reserve- und Landwehrmänner, die sich nach einer Kontrollüberamtlung im Rauch in einer Aneipe geprügelt hatten, vom Kriegsgericht wegen Aufruhrs zu insgesamt 16 Jahre Zuchthaus verurteilt worden seien, benutzten die Redner der sozialdemokratischen Partei in der Militär-

debatte des Reichstages dieses Futurteil, um energisch die Härte des Militärstrafgesetzes zu kritisieren und eine Milderung verschiedener Strafbestimmungen zu verlangen. Die Folge dieses Vorgehens war, daß am 30. Juni ein Kompromißantrag im Reichstag zur Annahme gelangte, der folgenden Wortlaut hatte:

Als § 110a des Militärstrafgesetzbuches wird folgende Vorschrift eingefügt: § 110a. Die in den Fällen der §§ 100, 106, 107, 110 ein minder schwerer Fall vor und ist die Tat nicht im Felde begangen, so kann die Strafe in den Fällen der §§ 100, Absatz 1, und 106 bis auf sechs Monate, in den Fällen der §§ 100, Absatz 2, 107 und 110 bis auf ein Jahr Gefängnis ermäßigt werden." Im Absatz 2 des § 106 wird das Wort „zwei“ durch „einem“ ersetzt.

Der Antrag wurde am 3. Juli in der Sitzung des Bundesrats den zuständigen Ausschüssen überwiesen, und, nachdem inzwischen sämtliche Bundesregierungen ihre Zustimmung zu der Gesetzesänderung erklärt haben, ist, wie wir bereits gestern meldeten, jetzt die Vorlage vom Kaiser vollzogen worden.

Die Aenderungen genügen in keiner Weise unseren Ansprüchen. Das Militärstrafgesetzbuch bedarf einer allgemeinen und sehr gründlichen Reform, und wir vermögen in der Milderung einiger Strafbestimmungen nur den allerbescheidensten Anfang dieser sehr dringenden Reform zu sehen; immerhin erfahren einige der grausamsten Härten des Militärstrafgesetzbuches durch die Gesetzesänderung eine wesentliche Abschwächung.

In der Hauptsache besteht die Aenderung im Folgenden: Bisher lautete der § 100 des Militärstrafgesetzbuches:

„Wer mehrere Personen des Soldatenstandes auffodert oder anreizt, gemeinschaftlich entweder dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern oder sich ihm zu widersetzen, oder eine Tüchtigkeit gegen denselben zu begehen, wird ohne Rücksicht darauf, ob ein Erfolg eingetreten ist, wegen Aufwiegelung mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren bestraft.“

Ist durch die Handlung ein erheblicher Nachteil für den Dienst verursacht worden, so tritt Gefängnis nicht unter zehn Jahren ein; im Felde kann auf lebenslangliches Gefängnis erkannt werden.

Nach dem neuen Gesetz kann unter diesem Strafmaß beträchtlich heruntergegangen werden, und zwar in milden Fällen bis herab zu sechs Monaten Gefängnis. Ferner kann auch, wenn eine Zusammenrottung, gemeinsame Gehorsamsverweigerung, gemeinsame Widerlegung oder Tüchtigkeit gegen einen Vorgesetzten, sowie militärischer Aufruhr stattgefunden hat, bei der Straffestsetzung bis auf 6 Monate Gefängnis heruntergegangen werden, während bisher das Mindeststrafmaß in allen diesen Fällen 5 Jahre Gefängnis betrug.

Außerdem wird das Mindeststrafmaß folgender Paragraphen ermäßigt:

§ 107. Die Abfelsführer und Anführer eines militärischen Aufruhrs sowie diejenigen Aufrührer, welche eine Gewalttätigkeit gegen den Vorgesetzten begehen, werden mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslanglichem Zuchthaus, und wenn der Aufruhr im Felde begangen wird, mit dem Tode bestraft.

§ 109, Abs. 2. Ist in einem solchen Falle die Rückkehr zur Ordnung von allen an dem Aufruhr Beteiligten erfolgt, so ist gegen Anführer und Abfelsführer auf Gefängnis oder Bestrafung von zwei bis zu fünf Jahren zu erkennen.

§ 110. Dem Anführer eines militärischen Aufruhrs gleich zu bestrafen ist derjenige an dem Aufruhr Beteiligte, welcher

1. persönlich von dem Vorgesetzten zum Gehorsam aufgefordert, diesen durch Wort und Tat ausdrücklich verweigert;
2. durch Mißbrauch militärischer Signale oder durch Aufrufzeichen den Aufruhr befördert, oder
3. unter den Aufrührern den höchsten Dienstrang einnimmt.

Danach konnte für Vergehen des § 107 und 110 bisher nicht unter 5 Jahre Zuchthaus, für Vergehen des § 109, Abs. 2, nicht unter 2 Jahre Gefängnis oder Festungshaft erkannt werden. Durch das neue Gesetz wird das Mindestmaß der Strafe für alle solche Vergehen auf 1 Jahr Gefängnis ermäßigt.

Der konservativen Presse ist diese relativ schnelle Erledigung der vom Reichstag gestellten Forderung etwas unangenehm. Zwar haben die Konservativen im Reichstag aus Rücksicht auf ihre Wähler, mit zwei Ausnahmen, selbst für die Aenderung gestimmt; aber man hat im stillen darauf gerechnet, daß der Bundesrat Schwierigkeiten machen werde.

Besonders aber geht es den konservativen Machern gegen den Strich, daß die ganze Aenderung auf das Auftreten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zurückzuführen ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ vermag es sich denn auch nicht zu verneinen, ihrer Meldung folgenden Schwanz anzuhängen:

„Auch unsere Freunde im Reichstage haben mit zwei Ausnahmen für den Entwurf gestimmt. Sie sind also damit einverstanden, daß er möglichst schnell Gesetz geworden ist. Gleichwohl macht solche Gesetzgebungsarbeit einen peinlichen Eindruck. Wenn die Aenderung des Militärstrafgesetzbuches so dringend notwendig war, so hätten die verbündeten Regierungen nicht erst auf die sozialdemokratische Anregung warten dürfen.“

Der Wortwurf sieht höchst komisch aus. Wenn die Konservativen doch so völlig mit der Gesetzesänderung einverstanden sind, weshalb haben sie dann nicht längst ihren Einfluß auf die Regierung und die Militärverwaltung dazu benutzt, eine Aenderung der betreffenden Strafbestimmungen anzuregen?

Das preussische Wahlrechtsideal der Zentrumspartei.

Das Zentrum hat die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen längst fallen lassen. Nämlich der hohe Klerus, der katholische Adel und das wohlhabende Bauerntum in der Zentrumspartei die Herrschaft erlangt haben, desto mehr sind in dieser Partei die demokratischen Wahlrechtsforderungen in den Hintergrund gedrängt worden. Zwar platonisch erklärt sich noch hin und wieder ein Zentrumsmann für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmrechts in Preußen; aber meist folgt sofort die Behauptung, daß in Anbetracht der politischen Lage an die Durchsetzung einer solchen Forderung in Preußen ernstlich nicht zu denken sei und deshalb diese Forderung ganz wesentlich reduziert werden müsse. So wurden dann nach einigen Redensarten die Wörter „gleich“ und „direkt“, oft auch noch das Wort „geheim“ aus dem klerikalen Wahlrechtsprogramm gestrichen, und was schließlich als farger Rest übrig bleibt, das ist nichts anderes — als die bescheidene Forderung einer Abstufung der Dreiklasseneinteilung, die dem besser gestellten Teil des kleineren Mittelstandes einen größeren Einfluß auf das preussische Abgeordnetenhaus sichert.

Gewöhnlich wird zu diesem Zweck verlangt, daß das sogenannte plutokratische Uebergewicht der Reichen beschränkt wird, das heißt der wohlhabende Mittelstand mit in die erste Wählerklasse hineingezogen und die zweite Klasse ganz dem kleineren Mittelstand ausgeliefert wird — für die Zentrumspartei eine politisch recht profitable Sache, denn unter den Großindustriellen, Großkaufleuten und Finanziers hat das Zentrum selbst in den überwiegend katholischen Gegenden nur wenig Anhänger, während es die Mittelstandsschichten fast völlig beherrscht. Es läuft daher die empfohlene Wahlreform in ihrer Wirkung auf eine recht ansehnliche Verstärkung der Zentrumstellung hinaus.

Recht deutlich kommt dieses Streben, die geforderte Wahlrechtsreform lediglich zu einer Verbesserung der Zentrumstellung zu benutzen, wieder in einem „Die preussische Wahlrechtsreform“ überschriebenen Artikel der ultramontanen „Köln. Volksztg.“ zum Ausdruck. Es heißt dort zum Schluß in bezug auf das preussische Wahlrechtsprogramm der Zentrumspartei:

„Das Zentrum hat von der Wahlreform keinen Parteivorteil zu erwarten. Es ist seiner Wandale unter jedem Wahlrecht sicher. Es kann daher auch unbefangener an die Frage herantreten. Die Konservativen wollen das Wahlrecht beibehalten, weil es ihnen günstig ist, die Nationalliberalen es ändern, weil sie sich benachteiligt glauben. Eine Abstufung des Wahlrechts, die ihnen Vorteile bringt, wollen beide Parteien. Für die Gerechtigkeit eines Wahlrechts ist es aber belanglos, welche Partei Vorteil davon hat. Das nämliche Dreiklassenwahlrecht, das heute den Konservativen eine starke Stellung sichert, brachte früher schon liberale Mehrheiten. Aus diesem Grunde ist es nicht verbesserungsbedürftig, sondern einzig deshalb, weil es die Meinung des Volkes nicht durchbringen läßt, zu plutokratisch geworden ist. Eine Reform des Wahlrechts muß daher in erster Linie eine Abschwächung seiner plutokratischen Wirkung zum Ziel haben. Die indirekte Wahl ist gewiß umständlich und sehr unbeliebt, ihre Beseitigung daher wünschenswert, aber für denjenigen, dessen Wahlrecht so abgestuft ist, daß er keinen Einfluß auf den Wahlausfall mehr hat, ist es gleichgültig, ob er direkt oder indirekt

Wochenfilm.

... Die Welt des Menschen fürrecht haben ist. Nabelsais.

Ein Krupp A-B-C.

Die Artillerie braucht viel Kanonen; für Krupp muß das Geschäft sich lohnen. Für Geld bedient er die Armees des Vaterlands und Andere.

Herr Brandt behörchte die Belannten, Die ihm die neusten Tipps benannten. Bestechung lag ihm völlig fern, Er half nur Kameraden gern.

Mit Leuten, die Champagner gehen, kann man oft ungenieret sprechen. Charakter findet man beim Wonn, Der sich im Saff beherrschen kann.

Die Direktoren Krupps erklären, Daß Brandts Berichte harmlos wären. Vom Dienstest denkt man oft gering, Der Dröse in Brandts Halle ging.

In Essen ist man stets besiffen, Von Ehrhardt möglichst viel zu wissen. Erkundungsdienst wird das genannt, Wofür besoldet wurde Brandt.

Der Feuerwerker kennt Kanonen, Und Mörser aller Konstruktionen. Bei Freibier wird man informiert, Wenn etwas Neues offeriert.

Sehr kompliziert sind die Granaten, Auch da läßt manches sich verraten. Geschütze sind stets interessant, Für einen Bachmann, wie Herrn Brandt.

Kaubigen gibt's im deutschen Heere, Teils leichte und auch teils noch schwere. An Heergehärt und Material, Verdient die Firma allemal.

Die Konkurrenten spionieren, Das Ingenieure konstruieren. Herr Brandt erhielt die Instruktion, Zu sorgen für Information.

Kanonen haben ein Kaliber, Von Brandt bekam der Krupp Kaliber, Kornwalzer gehen manchmal schief, Das Kriegsgericht ist objektiv.

Gar schwer sind die Laffettenschwänze Der Lanner schul beliebte Länze. Kornwalzer aber tanzt man nicht, Die schreibt man im Geheimbericht.

Minister Heeringen mit Fleiß Lobt Krupps Moral um jeden Preis. Hast Du ein neu Modell erbacht, Daß man's nicht maust, gib nur recht Acht.

Nachrichten kannst Du leicht erwischen Des Nachts spät an den Aneipentischen. Verachtung zollt stets die Nation, Wer andern dienet als Epton.

Herr Oertel hat verdient 'nen Orden, Weil Kruppscher Anwalt er geworden. Viel Ordnung herrscht im Oerbetrieb, Oft hängt man nur den kleinen Dieb.

Die Panzerplatte bringt Profite, Progenie nimmt Christ und Semite. Der Patriot schreit gern Hurra, Bei uns gibt es kein Panama.

Der Offizier mit stolzem Aule Schimpft auf des Reiches Quasselbude. Das Ende deren Quengelei Wünschst auch Herr Oldenburg herbei.

Es gibt am Rohrreklaufgeschütze Gar manches, was zu wissen nütze. Richtauslag heißt das Instrument, Das liefern möcht' der Konkurrent.

Der Staatsanwalt kann nicht verhehlen Verachtung vor den Schreiberseelen. Herr Schleuder wachte schon als Kind, Daß sehr verliebt sich zeigt der Stint.

In Treue hält S. M. zu Kruppen, Der liefert Material den Truppen. Beim Regeln machte Brandt sich an Den ahnungslosen Tiltan.

Herr Ueich tut die Sozi hassen; Viel Unheil bringt das Schmiererlassen. Ein Urteil fällt das Gericht; Die Urheber bestraft man nicht.

Verdienen mußt Du mit Verstande Recht viel am teuren Vaterlande. Dann bist Du wahrhaft national, Das Volk kommt hinter den Standal.

Frau Wiczorek war 'ne Frisöse, Sie war auf ihren Helmut böse. Der Weltstandal kam mit der Zeit, Herr Dr. Welt plädiert mit Schneid.

Xanthippe leist gleich der Ohäne, Der Xtiograph kopiert Pläne. X-Strahlen hätte man gebraucht, Als man in diesen Sumpf getaucht.

Herr Krupp läßt seine Yachten bauen, Die man kann bei Negatten schauen. Der Yante ist ein schlauer Mann, Doch auch bei uns man smart sein kann.

Der Zänder muß gut funktionieren, Auch Zavalere kann man schmieren. Dem Zeugleutnant ist man nicht hold, Zum Rheingold reicht nicht aus sein Gold.

seine Stimme abgeben darf. Die Art der Ausführung des Wahlrechts ist also das Wichtigste. Es ist wohl kaum zu hoffen, daß das Dreiklassenwahlrecht gleich vollständig beseitigt und etwa durch ein Mehrstimmrecht ersetzt wird. Wenn sich das erreichen ließe, wären alle Schwierigkeiten, die sich der direkten Wahl entgegenstellen, mit einem Schlage beseitigt. Ist diese Lösung aber unmöglich, so kann es sich nur darum handeln, die plutokratische Wirkung des Dreiklassenwahlrechts abzumildern. Das Schicksal des Kulturträgerparagrafen hat bewiesen, daß es kaum möglich ist, im Rahmen des Dreiklassenwahlrechts andere Gesichtspunkte als die Steuerleistung zur Geltung zu bringen. Um so notwendiger ist es, zu verhindern, daß einzelne Steuerzahler eine ganze Klasse beherrschen. Das kann geschehen, indem man die Steuern nicht bis zu einer gewissen Höhe (3000 M. Gesamtsteuer) sollte man nicht überschreiten) anrechnet oder die Wähler nach festem Verhältnis auf die Klassen verteilt.

Deutlich ist hier ausgedrückt, daß es sich für das Zentrum nur um eine Wahlreform handelt, die den Einfluß der gut situierten Mittelstandskreise auf das Wahlergebnis vermindert. Wenn das Kölner Zentrumblatt von oben herab meint, daß es für die „Gerechtigkeit eines Wahlrechts“ belanglos sei, welche Partei Vorteil davon habe, so ist das nichts als ein Ausfluß jener verlogenen klerikalen Argumentation, die selbst den eigenschuldigsten Beweggründen ein ethisches Mäntelchen umhängen weiß.

Das kaiserliche Jubiläum-Horn.

Offiziell wird gemeldet: „Der Allerhöchste Erlaß vom 18. Juni dieses Jahres, betreffend Erlass und Milderung von Strafen aus Anlaß des Regierungsjubiläums, ist nunmehr im wesentlichen zur Durchführung gelangt. Er hat zu einer sehr großen Zahl von Verurteilten Gnadenbewerfen geführt; ihre Zahl beläuft sich auf ungefähr 24 000.“

Die Ministerfrage in Holland.

Zwoll, 10. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der gestern und heute in Zwoll abgehaltene außerordentliche Parteitag der Sozialdemokraten Hollands verwarf nach 1 1/2 tägiger Diskussion trotz energischer Verteidigungsrede Krollstrass mit 375 gegen 320 Stimmen die von der Mehrheit der Parteikonferenz vorgeschlagene Resolution, welche den Eintritt von Sozialdemokraten in das bürgerliche Ministerium befürwortet. Dagegen wurde eine von der Minderheit amندیerte Resolution des dritten Amsterdamer Wahlkreises angenommen, die sich gegen die Teilnahme von Mitgliedern der sozialistischen Partei an der Regierung ausspricht, aber jeder Regierung, die für das allgemeine Wahlrecht und die Gewährung von Staatspensionen eintritt, die Unterstützung der sozialdemokratischen Kammerfraktion zusagt.

Landtagswahlen in Finnland.

Helsingfors, 10. August. Das nunmehr festgestellte Wahlergebnis ergibt folgenden Bestand des neuen Landtages: 90 Sozialdemokraten, 38 Altfinnen, 29 Jungfinnen, 25 Schweden, 28 Agrarier. Im Vergleich mit den Wahlen 1911 gewannen die Sozialisten vier neue Sitze, die Jungfinnen einen, die Agrarier zwei, die Altfinnen verloren fünf, die Schweden einen, die Christlichen Arbeiter einen Sitz; letztere sind infolgedessen ganz aus dem Landtag verdrängt.

Der politische Massenstreik.

stand auf der Tagesordnung der gestern abgehaltenen Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Niederbarnim. Die Referentin Rosa Luxemburg vertrat in allen wesentlichen Punkten die Anschauungen, die sie am 22. Juli im 4. Berliner Wahlkreis vorgetragen hatte. In Uebereinstimmung mit dem Kreisvorstand beantragte die Referentin die nachstehende Resolution:

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise für die Frage des Massenstreiks als ein Zeichen der Kampfesstimmung der Massen und ihres richtigen Gefühls für die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer mit den parlamentarischen Mitteln allein nicht auskommen kann.

Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben, als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion.

Eine solche Situation ist in Deutschland in naher Zukunft unabweislich. Die Verumpfung der preussischen Wahlrechtsfrage, die Verschärfung des Imperialismus mit der händigen Kriegsfahrt, der Stillstand der Sozialreform, die immer dringendere Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu verteidigen und es für den Landproletariat und die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu erkämpfen, endlich das völlige Versagen der bürgerlichen Parteien machen das kräftige Eingreifen der arbeitenden Massen zur gebieterischen Pflicht, soll die Reaktion nicht auf der ganzen Linie triumphieren.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion, wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist gegenwärtig eine offensive, entschlossene Taktik der Partei auf allen Gebieten unbedingt erforderlich, so auch im Reichstog und namentlich im preussischen Wahlrechtskampf. Nur eine solche scharfe revolutionäre Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt und die vor keiner Konsequenz zurückschreckt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfesstimmung und den Idealismus nachzuholen, sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Diese Resolution fand nach einer längeren regen Debatte einstimmige Annahme.

In der Diskussion über den Massenstreik war auch ein Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ erwähnt worden, der sich in sehr abspredender Weise über die gegenwärtigen in Parteikreisen geführten Erörterungen der Massenstreikfrage äußert. Im Anschluß hieran wurde auch der

Metallarbeiterstreik

berührt. Das gab den Anlaß zu einer Resolution, die Genosse Schwarzburger-Oberschönweide beantragte. Sie lautet:

Die Generalversammlung bedauert, daß der außerordentliche Verbandstag der Metallarbeiter den Hamburger Antrag, welcher die Anerkennung des Werftarbeiterstreiks forderte, abgelehnt hat. — Diese Ablehnung birgt die Gefahr in sich, daß die gelben Werkvereine, welche immerwährend bekämpft werden, zu einer noch größeren Gefahr für die freigeberkschaftliche Arbeiterbewegung werden können und damit in der Arbeiterschaft eine Stimmung erzeugt wird, die der Propagierung der Massenaktion den Weg versperrt.

Der Vorsitzende Lehmann warnte vor der Annahme dieser Resolution. Es handle sich um eine rein gewerkschaftliche Hand-

lung, in die eingzugreifen die Parteioorganisation nicht befugt sei. Wenn er auch mit dem Gedanken der Resolution einverstanden sei, so würden wir uns durch deren Annahme doch zum Gespött machen. Die Partei würde es sich auch nicht gefallen lassen, wenn ein von ihr gefasster Beschluß durch eine Gewerkschaft gemißbilligt würde. Warum vertreten die Metallarbeiter, die hier anwesend sind, ihre Ansicht nicht in ihrer Mitgliedereversammlung? Warum vertrieben sie sich hinter die Partei. Ich ersuche Sie, die Resolution zurückzuziehen.

Brühl schloß sich diesem Ersuchen an. Die Resolution Schwarzburger gehöre nicht hierher, ihre Annahme würde den Einbruch fördern, den die Annahme unserer Resolution zum Massenstreik macht.

Stadthagen: Ich bin entgegengesetzter Meinung. Wir urteilen ja nicht darüber, ob die Streikenden unrecht gehandelt haben oder nicht, sondern wir bedauern die Ablehnung des Hamburger Antrages. Jede Streikbewegung ist ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung. Wir können nicht sagen, alles was in der Gewerkschaftsbewegung vorgeht, geht uns nichts an. Wir bedauern, daß durch die Ablehnung der Hamburger Resolution eine Art Rückzug angetreten ist, und geben der Empfindung Ausdruck, daß auch ein verlorener Streik, vom politischen Standpunkt aus betrachtet, ein Erfolg sein kann.

Auch einige andere Redner forderten, daß die Resolution zurückgezogen werde. Schwarzburger aber erklärte, er ziehe sie nicht zurück.

Darauf sprach Jakobson gegen die Resolution. Er sagte, wenn eine Organisation den Streik billigt, dann sei sie auch verpflichtet, den Streikenden Unterstützung zu zahlen. Weil die Parteioorganisation die Mittel für den Streik nicht gewährte, habe sie auch kein Recht, über solche Maßnahmen zu urteilen.

Lehmann ersuchte nochmals um Ablehnung der Resolution. Durch ihre Annahme würde sich der Kreis Niederbarnim in ganz Deutschland bloßstellen.

Brühl beantragte namentliche Abstimmung, damit festgestellt werde, wer den Kreis Niederbarnim noch außen bloßstellen wolle.

Gegen diese Bemerkung protestierte Stadthagen mit großer Festigkeit. „Wir vertreten hier unsere Ueberzeugung“, sagte er, „und lassen uns nicht gefallen, daß man sagt, wir blamieren den Kreis. Es ist eine Unverschämtheit, jemanden zu beleidigen, weil er anderer Ansicht ist.“

Der Vorsitzende wies den Vorwurf der Unverschämtheit zurück. — Brühl nahm dann von dem Antrage auf namentliche Abstimmung Abstand.

Die Resolution Schwarzburger wurde schließlich mit 98 gegen 71 Stimmen angenommen.

Selbstverständlich wird man in Partei- und Gewerkschaftskreisen vielfach geteilter Meinung über den Beschluß des Metallarbeiterverbandes zum Werftarbeiterstreik sein. Aber es ist unserer Ansicht nach nicht Sache einer Parteioorganisation, durch einen Beschluß in eine gewerkschaftliche Angelegenheit eingzugreifen, die zurzeit noch nicht völlig erledigt ist. Wir bedauern es deshalb, daß die Generalversammlung von Niederbarnim einen Beschluß gefaßt hat, der als ein Uebergreifen auf das Zuständigkeitsgebiet einer Gewerkschaft aufgefaßt werden kann, wenn er auch nicht so gemeint ist. Ueber den Werftarbeiterstreik und was damit zusammenhängend wird sicherlich noch manches Wort gesagt werden. Lassen wir das aber, bis die Angelegenheit abgeschlossen ist und tragen wir im jetzigen Augenblick nichts bei zur Erregung der Gemüter der Beteiligten. Die Redaktion.

Hus Groß-Berlin.

Noch immer Sternidel.

Der Raubmörder Sternidel hat unter dem Weile des Henters geendet, aber seine Verbrechen beschäftigen noch weiter die Kriminalpolizei. Eine vollständige Aufklärung ist jetzt, nach der Hinrichtung Sternidels, sehr schwer und wohl auch kaum mehr möglich. Augenblicklich geht die Berliner Kriminalpolizei Spuren nach, auf die sie durch Befundungen zweier Mittäter beim Ortswiger Verbrechen, des älteren Kersten und des Schliemann, gebracht worden ist. Beide hätten schon früher ausgefagt, Sternidel habe ihnen erzählt, daß er als Heuhändler gegangen sei. Das wäre von Wichtigkeit für den Verdacht, daß Sternidel der Mörder der Witwe Krause in Petershagen und des Händlers Knüttig in Bomben war. Sternidel hat den beiden noch erzählt, daß er auch in Weihensee bei Berlin als Heuhändler aufgetreten sei und dieselbe Rolle wie in Schlesien gespielt habe. Kersten und Schliemann bestritten in der Untersuchungshaft, daß Sternidel diese Äußerung getan habe, und widersetzten alle ihre früheren Aussagen. Man hatte dafür zunächst keine Erklärung, aber sie ist nun gefunden. Als Kersten und Schliemann nach der „Begnadigung“ von Frankfurt a. O. nach Berlin gebracht wurden, um nach dem Zuchthaus in Ludau zur Verbüßung ihrer lebenslänglichen Strafe übergeführt zu werden, wurden sie dieserhalb auf dem Polizeipräsidium noch einmal vernommen. Schliemann befuhrte jetzt, daß Sternidel ihnen gegenüber tatsächlich von dem Heuhändler, wie sie zuerst ausgesagt hätten, gesprochen habe. Sie hätten das jedoch später bestritten, weil sie sich fürchteten. Sternidel habe zu ihnen gesagt, daß die Ortswiger „Geschichte“ ihm den Kopf kosten würde. Aber die Köpfe von Schliemann und Kersten müßten dann auch herunter. Sie hätten nun gefürchtet, daß er sie, wenn sie ihn belästigen würden, noch mehr hineinschießen würde. Deshalb hätten sie im Untersuchungsgefängnis die erste Äußerung widerrufen. Die Kriminalpolizei will jetzt versuchen, das Auftreten Sternidels in Weihensee aufzuklären. Es ist, da der Raubmörder in der ganzen Welt umhergezogen ist, sehr leicht möglich, daß er tatsächlich auch als Heuhändler hierher gekommen ist und unter dieser Maske auch Verbrechen, wahrscheinlich Einbrüche, ausübte und ausgeführt hat. Der Kriminalpolizei liegt daran, festzustellen, ob und wann in Weihensee oder Umgegend ein falscher Heuhändler an Stellen aufgetreten ist, an denen bald darauf ein Einbruch verübt wurde.

Die juristische Sprechstunde findet von heute ab bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt.

Im Deutschen Opernhaus beginnt die Ausgabe der Abonnements-Einlaßkarten mit dem 11. August. Das Bezugsrecht darauf erlischt am 31. August. Neuanmeldungen für Abonnementshöfste können nur noch im I. Rang, 4-6 Reihe, à 3,50 M., und im II. Parterre, à 2,50 M. berücksichtigt werden.

Verzweiflungstat eines jugendlichen Dienstmädchens.

Die Leiche eines jungen Mädchens wurde am Sonnabend in Neufölln aus dem Städtkanal herausgeholt. Die tote war zunächst

unbekannt. Sie ist aber jetzt als das 14 Jahre alte Dienstmädchen Minna Drenze aus dem Hause Rottbuser Ufer 25a festgestellt worden. Das Mädchen, dessen Vater im Spreewald Weidensteller ist, war nach der Einsegnung vor jetzt vier Monaten nach Berlin gekommen und bei einem Kaufmann in Dienst getreten. Am Freitag erhielt es den Auftrag, den Kaminofen zu heizen. Dabei entzündete sich Papier, so daß bald die Kaminofen in einer Ecke lichterloh brannte. Als Minna Drenze das Feuer sah, wurde sie kopflos und lief davon. Der Brand wurde sofort entdeckt und konnte gelöscht werden, ehe er weitere Ausdehnung gewann. Minna kehrte nicht in die Wohnung der Herrschaft zurück und blieb verschunden. Durch die Auffindung ihrer Leiche ist jetzt ihr Verbleib in erschütternder Weise aufgeklärt worden. Dem Mädchen, das noch halb ein Kind war, mag das angedrückte Unheil schlimmer erschienen sein, als es war. Minna wird in ihrer Verzweiflung sofort ins Wasser gelaufen sein.

Durch Nahrungsvorgen in den Tod getrieben.

Im Teltowkanal wurde die Leiche des Arbeiters Hermann Gattegast aus Steglitz, der sich in selbstmörderischer Absicht in das Wasser gestürzt hatte, gestern gelandet. Nahrungsvorgen, die infolge andauernder Arbeitslosigkeit ihn bedrängten, haben ihn zu seiner Verzweiflungstat getrieben.

Opfer der Arbeit.

Bei der Firma Velter u. Schneebogl in Reinickendorf ereignete sich am Sonnabend ein Unfall, der zu einer schweren Verletzung eines Arbeiters führte. Von einem Lastenwagen stürzte der Arbeiter Johannes Martinad ab, wobei er schwere innere Verletzungen und einen Kniegelenksbruch erlitt. Martinad wurde in das Krankenhaus „Paul-Gerhardt-Stift“ gebracht.

Gasvergiftung im Deutschen Opernhaus.

Im Heizungsraum des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg ereignete sich eine Vergiftung durch Kohlenoxydgas. Auf noch nicht aufgeklärte Weise entwickelte sich dort das gefährliche Gas, und drei mit dem Anzeigen der Kessel beschäftigte Heizer und ein kleiner Junge sanken unter Vergiftungsercheinungen zu Boden. Ärztliche Hilfe war rasch zur Stelle, und ins Freie gebracht, erholten sich ein Heizer und der Knabe bald. Schlimmer erging es den beiden anderen Heizern. Einer von ihnen war so schwer erkrankt, daß er nach dem Krankenhaus Westend gebracht werden mußte.

Bei einer Kartenlegerin gestorben ist die 28 Jahre alte Arbeiterin Margarethe Kretschmar aus der Eisenbahnstr. 48. Das Mädchen, das in anderen Umständen war und kurz vor der Heirat stand, suchte gestern eine Witwe in der Neuen Friedrichstraße auf, die als Kartenlegerin „berühmt“ ist. Die Witwe machte nun die Anzeige, daß das Mädchen bei ihr plötzlich von einem Unwohlsein befallen und verstorben sei, ehe sie ärztliche Hilfe habe herbeiholen können. Die Leiche wurde beschlagnahmt um durch die Obduktion festzustellen, ob die Angaben der Kartenlegerin stimmen.

Von einem toten Hunde aus Gurfow sind vorgestern zwei Präparanden aus Friedeberg (Neum.) angefallen und verletzt worden. Beide befinden sich in ärztlicher Behandlung. Einem Dritten gelang es, den Aöter abzuwehren und dann zu verschleichen. Der Hund soll sich mehrere Tage herumgetrieben und andere Hunde gebissen haben. Der Hund war von gelblicher Farbe und schien ein Fleischerhund zu sein. Die Hunde in Friedeberg sind eingesperrt oder werden an der Leine geführt. Der tollwütige Hund ist entkommen.

Brandchronik. In der Nacht zum Sonntag mußte ein großer Brand in Reinickendorf-Ost gelöscht werden. Dort stand der Dachstuhl des Schaufers Resdenzstraße 108 an der Lette-Allee in ganzer Ausdehnung in Flammen. Die Mieter mußten zum Teil die Wohnungen räumen. Erst gegen Morgen konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Der Dachstuhl des Wohnhauses ist total vernichtet. Die Entstehung wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Gleichzeitig mußte ein großer Dachstuhlbrand in Riedersdörferstraße gelöscht werden. Dort stand das neue Schaufers an der Hofelwender und Berliner Straße in Flammen. Der Dachstuhl mit dem turmartigen Aufbau ist ein Rand des entsefelten Elements geworfen. Auch dieser Brand soll auf Brandstiftung beruhen. Der Schaden ist in beiden Fällen bedeutend. Die Berliner Feuerwehr wurde nachts böswilligerweise nach der Soldiner Straße 44 alarmiert. Etwas später, um 2 Uhr nachts, brannten Wiesenhaler Straße 1 Häuser und Schalbeden usw. im Keller. Gleich darauf stand in der Pappel-Allee 6 ein Lagerkeller in Flammen. Um 5 Uhr brannten in der Urdanstr. 107 in einem Laden Kohlen und um 6 Uhr in der Lüderer Straße 7 Fett u. a. in einer Baderel.

Brandstiftungen?

Am gestrigen Sonntagnachmittag kam in der Roschdorffstr. 12 zu Reinickendorf-Ost schon wieder ein gemaltiger Dachstuhlbrand zum Ausbruch, nachdem erst in der Nacht zum Sonntag der Dachstuhl des Hauses Resdenzstr. 108 durch Feuer zerstört worden war. In beiden Fällen wird böswillige Brandstiftung angenommen, wenn auch bestimmte Feststellungen in dieser Richtung nicht gemacht werden konnten, da die Brände schon zu weit vorgeschritten waren, als man sie bemerzte. Das gestrige Feuer in der Roschdorffstraße wurde gegen 5 Uhr wahrgenommen, als schon helle Flammen aus dem Dach herauskamen. Die Feuerwehren von Reinickendorf-Ost und West waren schnell zur Stelle, und zu ihrer Unterstützung trafen bald auch noch mehrere Wehren aus den Nachbarorten ein. Es wurde mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben, doch war von dem Dachstuhl des Hauses nur wenig zu retten.

Letzte Nachrichten.

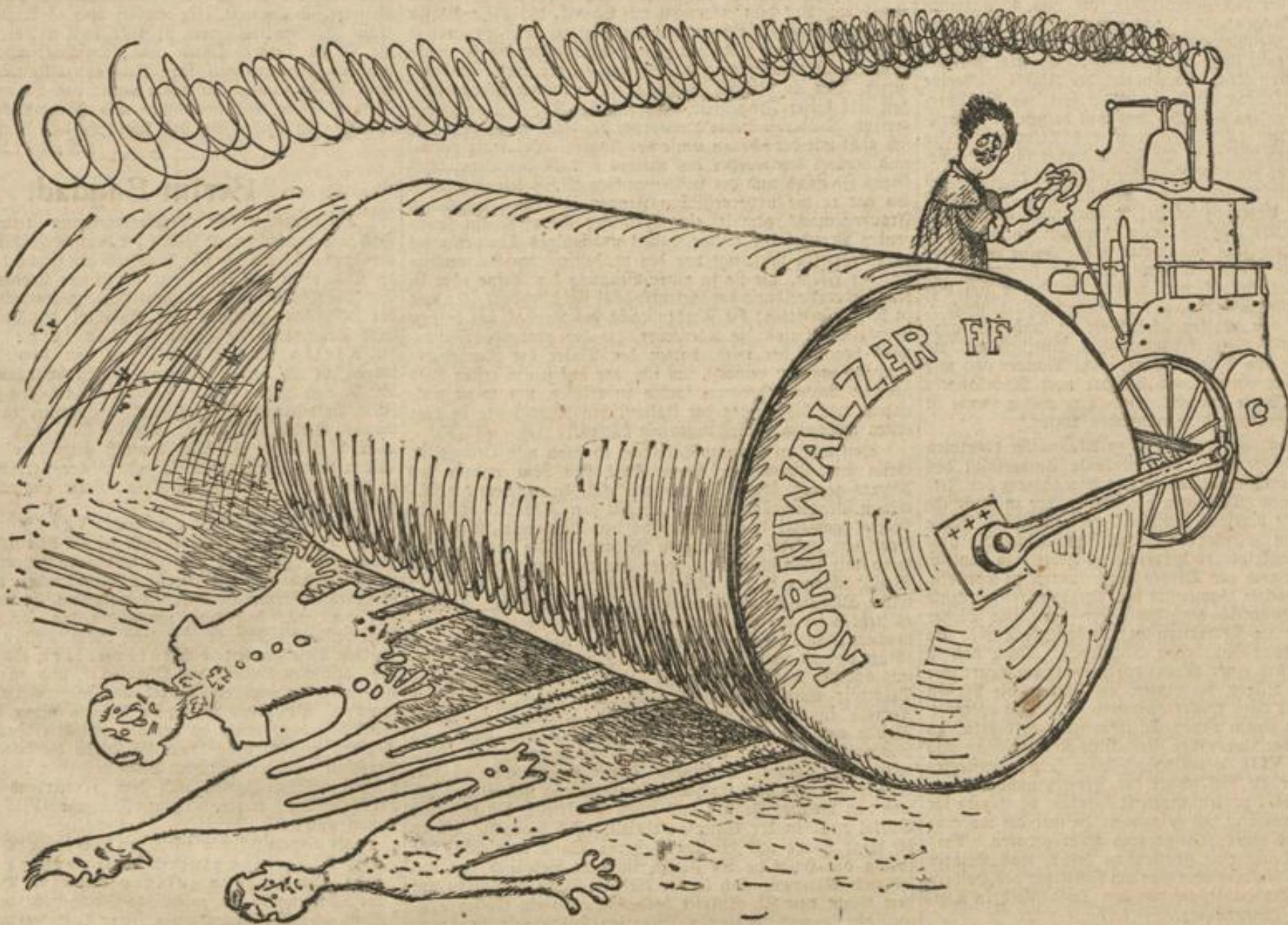
Antimilitaristische Kundgebung in Paris.

Paris, 10. August. (B. L. W.) Bei dem gestrigen militärischen Zapfenstreik kam es zwischen Antimilitaristen und Nationalisten, welche an der Strahburgstatue eine Kundgebung veranstalten wollten, zu einer Rauferei. Die Polizei schritt ein und vertrieb die Antimilitaristen, welche in der Rue Royale die Schaufenster einiger Juweliers zertrümmerten und Beschimpfungen gegen die Armee ausstießen. Mehr Antimilitaristen wurden verhaftet.

Unfall auf der Leipziger Baujahausstellung.

Leipzig, 10. August. Heute abend gegen 17 Uhr ereignete sich auf der Baujahausstellung ein heftiger Zusammenstoß auf der Gebirgsbahn. Das Jodest einer Dame hatte sich in das Rad des Wagens verwickelt. Der Führer bremste sofort. Infolgedessen fuhr der nachfolgende Zug auf den ersten auf, so daß zwei Wagen aus den Schienen sprangen. Zwei Personen wurden schwer, zwei Damen leichter verletzt.

Unter dem Kornwalzer.



Kornwalzer.

Es ist kein Walzer von Lanner, von Strauß,
Keine choreographische Uebung!
„Kornwalzer“ — der Plebtsnecht bracht es heraus —
Ist kein Schiebentanz, aber 'ne Schiebung.

Wer schob so tacklos dies Walzerchen mit?
Wie weit ging die Schiebung nach oben?
Hinst, Tillian, Döge, Droese, Pfeiffer, Schleuder und Schmidt,
Sieben Schieber — sie wurden geschoben.

Das Kriegsgericht hat nun sein Urteil gefällt:
Alle sieben haben schwer sich vergangen...
Die Großen werden nicht kaltgestellt,
Die Kleinen nur werden gehangen.

Die alte Geschichte ist's wieder einmal;
Durch Verschön'gen wird nichts da behoben:
Kein Panama zwar, doch ein Riesenstandal —
Und das „Struppzeug“ schwimmt immer noch oben.

Vorm Strafrichter hat bald die Sache ihr End,
Doch es hieße ins Blaue geschossen,
Wenn man dort und im Reichstag es anders benennt,
Als „Prozeß gegen Krupp und Genossen“.

Das deutsch-amerikanisch-jüdische Phänomen.

Frei nach Felix Holländer.

Ich weiß kaum, wie ich die Fassung finden soll, um die folgenden Zeilen niederzuschreiben zu können. Die große Kunst hat mich so stark erschüttert, daß alle meine Gedanken und Empfindungen noch in einem starken inneren Aufruhr sind.

Aber es muß sein. Um der Menschheit willen, die von diesen Zeilen an eine neue Periode datieren wird, muß es sein. Das Unerhörte muß berichtet werden. Ein neuer Wundermann hat die Wölfer der Erde aufgesucht.

Was verschlägt gegen ihn alles, was man in der Literatur über das „zweite Gesicht“ lesen kann? Was verschlägt alles, was sich beispielsweise bei Schopenhauer über okkulte Phänomene findet?

Es verhaßt in Nichts. Es ist, als wäre es nie gewesen. Der neue Wundermann kennt alle Geheimnisse der Zeit und Ewigkeit. Er hat mir den Mädchennamen meiner Frau genannt. Er kannte die Mädchennamen aller verheirateten Frauen, die im Hotel beisammen waren. Es durchgraut mich jetzt noch, wenn ich daran denke.

Aber ich muß mich fassen! Ich muß systematisch berichten. Ich darf mich nicht immer wieder von der Größe des Augenblicks überwältigen lassen.

Also: er heißt Reefe.
Ich bitte um Verzeihung, daß der Name so wenig das Gigantische des Ereignisses zum Ausdruck bringt, aber ich habe mir nun einmal die strengste Sachlichkeit zur Pflicht gemacht. Er heißt, Gott straf mich, Reefe.

Er ist ein nach Amerika ausgewandertes deutscher Jude, der drüben Professor geworden ist. Amerikanischer Professor selbstverständlich. Es ist aber immerhin etwas.

Edison hat ihn den „ewigen Juden“ genannt, weil er alle Dinge dieser Erde gesehen hat.

Ich habe ihn in einem Hotel in Kissingen kennengelernt. In Kissingen war auch der erschütternde Augenblick, wo er mir den Mädchennamen meiner Frau nannte. Er nannte auch anderen Herren die Mädchennamen ihrer Frauen. Verschiedene wurden von einer so intimen Kenntnis geradezu peinlich berührt.

Er wußte, wann ich geboren war. Er wußte, wann Max Reinhardt geboren war. Er wußte, wo meine ersten Artikel erschienen hatten. Er wußte die geheimsten Dinge.

Und doch hat er außerhalb Kissingens noch größere Dinge verrichtet.

In Berlin beispielsweise. Eine bekannte Firma konnte einer Fehlbuchung nicht auf die Spur kommen. Tagelang wälzte man die Bücher. Aber man fand nichts.

Da ließ man Reefe kommen.

Er schätzte sich zunächst 5 Prozent der in Frage kommenden Summe als Honorar. Dann nahmen seine Augen den tiefen geheimnisvoll-schauerlichen Glanz an, der Edison dazu brachte, ihn den „ewigen Juden“ zu nennen. Und dann nannte er einfach die Seite, wo sich die Fehlbuchung befand.

Dabei ist jede taschenspielermäßige Täuschung ausgeschlossen, da wir den Tatbestand mit der peinlichsten wissenschaftlichen Genauigkeit geprüft haben.

Er nannte uns den genauen Namen der Firma. Der Name stimmte. Es gibt eine solche Firma in Berlin. — Er zeigte uns den Scheck, den er als Honorar erhalten hatte. Der Scheck war echt.

Wie aber könnte man wohl an einem Wunder zweifeln, das durch einen echten Scheck belegt ist?

Eines Abends waren wir in Kissingen auf der Veranda beisammen. Reefe erbat von einem der anwesenden Herren einen Taler.

Wir hielten den Atem an. Wir spürten über unseren Häuptern schon ein Wehen aus der grauen Ewigkeit.

Vor unseren leidhaftigen Augen legte Reefe nun den Taler in seine linke Hand. Dann schloß er die Hand ganz langsam und öffnete sie wieder.

Wir sahen uns mit schweigendem Staunen an. Wir fühlten alle, daß hier in der geistigen Geschichte der Menschheit ein Wendepunkt eingetreten sei.

Der Taler war weg.

„O, meine exaktwissenschaftlichen Freunde, revidieren wir unsere Weltanschauung! Es muß von heute an als eine Tatsache betrachtet werden, daß ein Taler verschwinden kann und daß er, was vielleicht noch wunderbarer ist, wiederkommen kann, nachdem er bereits spurlos verschwunden war.“

Denn Reeses Taler kam tatsächlich aus der vierten Dimension zurück.

Der Herr, von dem er ausgeliehen worden war, hatte offenbar zunächst gefunden, daß die moderne Magie auch ihre peinlichen Seiten hat. Als aber der Taler zurückkam, ließ er sich sofort bei Reefe in die Seite der Gläubigen einzeichnen.

Bisher hatten wir in Deutschland nur etwas, das Reeses „Wunder“ hieß. Jetzt aber haben wir einen deutsch-amerikanisch-jüdischen Reefe, der an sich ein überirdisches Wunder ist.

Machen wir ihn zum festgestellten Orakel des Deutschen Reiches.

Reefe hat eine feine Reefe, würde der Berliner sagen. — Er vermag einen ganzen „Kornwalzer“ der geheimsten Dinge herzustellen, ohne daß er Beamte zu bestechen braucht.

Wenn niemand mehr die staatsmännischen Gedanken unseres Reichmann zu durchschauen vermag: Reefe kann's.

Wenn kein Mensch mehr weiß, wie mit den modernen Sozialdemokraten fertig zu werden ist: Reefe weiß es.

Wenn die Steuermöglichkeiten in Deutschland so ausgenutzt sein sollten, daß selbst die finstlichsten Volksausplünderer keine neuen aufzutreiben wissen: man braucht Reefe nur 5 Proz. vom Ertrag zuzuschicken, dann bringt er die neue Steuer.

Dieser wunderbare Mann revolutioniert nicht nur unsere Weltanschauung. Er kann auch die Welt selber revolutionieren, wenn man ihm Spielraum gibt.

Also geben wir ihm Spielraum!

Sei es zunächst auch nur auf einer Varietébühne.

Die wirtschaftliche Organisation der Kunst.

In Stuttgart ist von bildenden Künstlern eine Produktions-Genossenschaft gegründet worden; die Schauspieler führen einen regelrechten Kampf, eröffnen in Berlin ein „Theater der Sozietaät“ und übernehmen Provinztheater in eigene Regie; die dramatischen Schriftsteller haben eine Vermittlungsstelle geschaffen, um die Agenten auszuschalten; ein Schreiberband deutscher Schriftsteller ist gegründet worden. Sogar die Lyriker sind in einem Kartell vereinigt. Die wirtschaftliche Organisation der künstlerischen Stände macht ohne Zweifel Fortschritte. Es fragt sich nun: „Wird dabei mehr herauskommen als ein wirtschaftlicher Schutz für die organisierten Künstler? Werden darüber hinaus auch kulturelle Werte gerettet werden?“

Die Antwort muß zunächst sagen, daß der wirtschaftliche Schutz des Künstlers seine kulturelle Leistungsfähigkeit erhöht und mithin bereits einen kulturellen Vorteil einschließt. Die wirtschaftliche Organisation führt mittelbar zu kulturellen Werten. Vermag sie es aber auch unmittelbar zu tun?

Es ist unsere Meinung, daß die unmittelbaren Werte sogar erheblich größer sein werden als die aus dem wirtschaftlichen Schutz des Künstlers mittelbar abgeleiteten.

Wohl kann man sagen, daß ein von Künstlern gegründetes Theater oder eine von Künstlern gegründete Werkstätte genau so gut Geschäfte machen muß, wie ein kapitalistisches Unternehmen. Es bleibt aber trotzdem ein Unterschied bestehen, der in kultureller Beziehung eisenhart ins Gewicht fällt.

Es ist beispielsweise im Berliner Theaterleben durchaus nicht das schwerste Kreuz, daß unsere Theater Geschäfte machen müssen, viel schlimmer ist es, daß sie sich mit einem soliden Geschäft nicht begnügen mögen, sondern große Summen einzutrammen trachten, die sich nur durch eine Mobilisierung der schlechtesten Instinkte verdienen lassen.

Der kapitalistischen Notwendigkeit vermag innerhalb der kapitalistischen Welt niemand zu entkommen. Wenn die Künstler sich aber wirtschaftlich emanzipieren, vermögen sie sehr wohl der unlauteren kapitalistischen Gier zu entkommen.

Die kapitalistische Gier aber ist ein häßliches Ungeheuer, das kostbare kulturelle Werte frißt.

Wenn wir dieses widerwärtige Vieh zur Strecke bringen, ist außerordentlich viel gewonnen.

